

presse

Folter im Nahen Osten stoppen

Zum internationalen Tag der Folteropfer am 26. Juni erklären der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Christoph Strässer und die zuständige Berichterstatterin Angelika Graf:

Im Zuge der politischen Reformen im Nahen Osten müssen Misshandlungen und Folter abgeschafft werden, zumindest in einigen Ländern. Jahrzehntlang haben die autoritären Regime der Region Andersdenkende unterdrückt, inhaftiert und gefoltert. Dies muss sich ändern. Die mutigen Menschen sollen nicht vergeblich für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit demonstriert haben.

Ägypten ist das beste Beispiel dafür, dass es nicht einfach ist, das System und den Apparat zu ändern. Auch nach dem Sturz Mubaraks werden Menschen - vor allem Aktivisten und Journalisten - willkürlich verhaftet und misshandelt. So wurde im März eine Gruppe von jungen Frauen in Polizeigewahrsam geschlagen und entwürdigend behandelt und später im Gefängnis einem Jungfräulichkeitstest unterzogen. Es hat sich wenig geändert im Innenministerium des "neuen" Ägypten, auch wenn der ehemalige Innenminister nun selbst im Gefängnis sitzt. Ein Großteil des Personals der aufgelösten Staatssicherheit arbeitet weiter in der neu gegründeten Heimatsicherheit, offenbar mit denselben Methoden. Hier sind Deutschland und die EU gefordert: Bei allen Gesprächen mit den gegenwärtig politisch Verantwortlichen muss klargestellt werden, dass Folter und Misshandlungen nicht toleriert werden und dass diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, die sich direkt und indirekt der Folter schuldig gemacht haben.

Ein Ägypten ohne Folter könnte Signalwirkung auf die ganze Region haben,

denn auch in anderen arabischen Staaten wie in Libyen, Marokko und Algerien, im Jemen, in Saudi-Arabien, im Irak, in Palästina und in den Golfstaaten ist Folter an der Tagesordnung. Unsere Sorge gilt in diesen Tagen vor allem den Menschen in Syrien, wo bis zu 10.000 Demonstranten verhaftet worden sein sollen. Vielen von ihnen droht Folter. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um in Syrien und den anderen arabischen Ländern Menschen vor Folter zu bewahren.

Laut amnesty international wurde im Jahr 2010 in 98 Ländern Folter und Misshandlung dokumentiert.